

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

F/XXIX/202

22. Oktober 1974

Der langfristige Kurs entscheidet

Zu der bemerkenswerten Rede Erich Honeckers

Seite 1 / 46 Zeilen

Das Spiel mit der Million

Die Instituts-Prognosen und ihre Grenzen

Seite 2 und 2a / 68 Zeilen

Mehr Bauchladen als politisches Konzept

Jetzt hat auch die CDU ihr Sportprogramm

Von Dr. Horst Schmidt MdL
Sozialminister des Landes Hessen

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Der CDU-Skandal von Fulda

Versuchte Ausbeutung der Kirchenschändung gescheitert

Seite 5 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38
Telefax: 06 56 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Der langfristige Kurs entscheidet

Zu der bemerkenswerten Rede Erich Honeckers

Nur zäh und manchmal auch - so scheint es - gar nicht gehen die Dinge zwischen den beiden deutschen Staaten. Kenner der Materie haben eine beträchtliche Zeit der schwierigen, ja auch schlichten Beziehungen vorausgesagt, die auf die zwei Jahrzehnte politischer Beziehungslosigkeit zwischen Bonn und Ostberlin folgen würden. Aber dennoch haben die sterile Routine einer lieb- und einfalllosen Bürokratie, die kleinkarierten Abgrenzungs- und Bemühungen, denen dem äußeren Eindruck nach das nun formalisierte Verhältnis überantwortet war, bei vielen, wenn nicht den meisten, tiefe Enttäuschung ausgelöst. Die oppositionelle Union witterte in diesem Umschwung parteipolitische Chancen. Ihre jüngste Große Anfrage zur Deutschlandpolitik ist ganz von dieser Taktik bestimmt. Aber in einem so langfristigen und auf weite Perspektiven angelegten Unternehmen wie der Entspannungs- und Normalisierungspolitik der sozialliberalen Koalition sind nicht die Schwankungen der politischen Tageskurse entscheidend, sondern die Entwicklungen der grossen Trends. Und da zeichnet sich in diesen Tagen Bemerkenswertes ab.

Nachdem kürzlich in Ostberlin der sowjetische Parteichef Leonid Breschnjew mit starken Worten die Bedeutung der Bonn-Moskauer Beziehungen würdigte und sich darauf der 1. SED-Sekretär veranlaßt sah, seinerseits gute Absichten bezüglich des Nachbarn im Westen zu bekunden, betonte Erich Honecker jetzt in Aufsehen erregendem Klartext: Die DDR ist "auf dem Wege der Normalisierung" mit der Bundesrepublik "weiter als manche glauben". Es gebe "nicht nur Verträge und Abkommen, sondern inzwischen auch Tatsachen, die vor einigen Jahren für nicht möglich erachtet wurden". Sein Staat werde, "ohne die Widersprüche zwischen der DDR und der BRD zu verkleistern", seinen "konstruktiven Kurs auf die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik mit der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt weiterführen".

Die Kombination dieser beachtenswerten Worte mit der Tatsache, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt in wenigen Tagen zu einem weitgespannten Meinungsaustausch mit der sowjetischen Führungsspitze nach Moskau reist, drängt sich natürlich auf; eine Wertminderung können Honeckers Darlegungen indessen dadurch keineswegs erfahren. Als taktische Lippenbekenntnisse kann sie auch niemand, der die Bedeutung formulierter Aussagen im kommunistischen Bereich kennt, abqualifizieren. Dies sind ganz eindeutig Feststellungen von programmatischem Charakter. Es schimmert hier der angesprochene Trend der deutschlandpolitischen Entwicklung durch das Gestrüpp der Tagestendenzen.

Die aktive Vertrags- und Verhandlungspolitik der sozialliberalen Koalition ist richtig und geeignet, langfristig die innerdeutschen Dinge zum Besseren zu wenden; ohne Nutzwert ist dagegen das Taktieren jener oppositionellen Kräfte, deren Initiative allein auf die Mobilisierung emotionaler Restbestände aus der Ära des Kalten Krieges beschränkt ist.

Claus Preller
(~/22.10.1974/ks/pr)

+ + +

Das Spiel mit der Million

Die Instituts-Prognosen und ihre Grenzen

Die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat mit ihrem Herbstgutachten zur "Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft" einen massiven Warnschuß abgefeuert; gezielt abgefeuert muß man dazu bemerken, denn quasi als Detonationsspur geistert ihre Prognose von einer Million Arbeitslosen durch Nachrichten und Kommentare, obwohl diese Annahme weder durch ausreichende Belege noch durch eine akzeptable Beweiskette gesichert wird. Die Bundesanstalt für Arbeit unter der Leitung des früheren CSU-Abgeordneten Josef Stingl hat auch sofort die Reizzahl kräftig nach unten korrigiert.

Jene fünf Institute mußten wissen, daß ihnen ein spektakuläres Echo auf die Arbeitslosen-Prognose sicher war. Daher drängt sich der Eindruck auf, daß dem Gutachten ein konkreter Stellenwert für die anlaufenden Tarifauseinandersetzungen beizumessen ist. Gegen ein derartiges Unterlaufen auf der Grundlage eines gesicherten Fakten-Tableaus von Wissenschaftlerseite ist nichts einzuwenden. Wenn jedoch fehlende Fakten durch Hypothesen ersetzt werden - wie die Forschungsinstitute selber einräumen -, sind Zweifel anzumelden.

Es tut gut, sich noch einmal in Erinnerung zu rufen, wie die Forschungsinstitute konjunktur- und wirtschaftspolitisch in der Vergangenheit votierten. Noch im Frühjahr 1973, als die Wirtschaft der Bundesrepublik in einen allerdings allzusehnellen Aufschwung hineinsteuerte und die Gewerkschaften ein hohes Maß an Disziplin zeigten, war es jene Arbeitsgemeinschaft gewesen, die eine Linie verfocht, die das Risiko der Stabilisierungskrise in sich barg. Für die Arbeitnehmer bedeutete dies: Arbeitsplatzunsicherheit. Ein Jahr später erklärten die Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten, daß es keine erfolgversprechende Linie gebe, die das Risiko einer Stabilisierungskrise ausschließe: "Die Scheu vor diesem Risiko bedeutet Kapitulation vor der Aufgabe der Stabilisierung."

Heute wird der Stabilitätskurs der Bundesregierung im großen und ganzen von den Instituten bestätigt. Haben also auch sie hinzugelernt?

Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, daß eine Gratwanderung zwischen Arbeitsplatzsicherung und Preisstabilität möglich ist. Zugleich wird von sozialdemokratischer Seite hinzugefügt, daß notfalls ein Umschalten von der Priorität Preisstabilität auf die Priorität Arbeitsplatzsicherung eingeleitet werde. Wenn man will, eine Parteizunahme zugunsten der arbeitenden Menschen in diesem Lande, die sich von der Parteinarbeit der Institute unterscheidet, für die eine Million Arbeitslose eine feste, einkalkulierte Größe darstellen. Dabei geben die fünf Institutsvertreter zu, daß von ihrer Seite die Wirkung weiterer Sonderprogramme von zusammen Milliardenhöhe, die in den Schubladen der Bonner Regierungstische abrufbereit vorliegen, nicht berücksichtigt wurde.

Patentrezepte haben Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht anzubieten, in diesem Punkt ist den Instituten zuzustimmen. Aber mühsam den Weg freihalten, die reale gesellschaftlichen Zustände im Auge behalten und über die schrittweise Erweiterung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums eine Normalisierung errreichen - dies mit ins Kalkül zu ziehen, hätte den Instituten gut angestanden.

Wer eine Rutschpartie ankündigt und dann eine weiche Landung in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres verspricht, muß sich fragen lassen, ob er die eigene Prognose-Arbeit nicht selber entwertet. Was wirklich ist, wenn eine Million Arbeitslose in der Bundesrepublik registriert werden müssen, weiß heute niemand. Auch die Wirtschaftswissenschaftler sind hier nicht klüger. Der Redlichkeit halber hätten sie allerdings zugestehen müssen, daß eine derartige Entwicklung in der Bundesrepublik des Zusammenstreffens vieler negativer Komponenten und vor allem auch des Fehlens einer tatkräftigen Regierung bedarf.

Klaus Vater
(-/22.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Mehr Bauchladen als politisches Konzept

Jetzt hat auch die CDU ihr Sportprogramm

Von Dr. Horst Schmidt MdL
Sozialminister des Landes Hessen

Zehn Jahre nach der SPD hat jetzt auch die CDU erstmals ein Sportprogramm formuliert und der Öffentlichkeit vorgelegt. Doch das lange Warten hat wenig genützt, denn das Papier weist weder die Geschlossenheit eines wohlüberlegten Konzeptes auf, noch trägt es auch nur einen wirklich neuen Gedanken zur Diskussion bei. Ein sorgfältiges Studium der CDU-Äußerung zum Thema Sport läßt eher den Eindruck aufkommen, daß dieses Programm vor allem den Landtagswahlen in Hessen und Bayern sein Entstehen verdankt, nicht aber gründlicher Vorarbeit.

So sind denn die Christdemokraten mit einem Bauchladen in die Sportarena gezogen. Dem Leistungssportler, dem Breitensportler und der neuen Kategorie des Freizeitsportlers gilt das bunte Angebot aus allgemein gehaltenen Versprechen und Forderungen. So jagen sich die Aussagen über notwendigen verstärkten Ausbau, verbesserte Ausstattung und zusätzliches Personal. Was aber fehlt ist der rote bzw. schwarze Faden, ist jede geistige konzeptionelle Linie. Auch nach der Lektüre des CDU-Papiers weiß ich noch immer nicht, welche Prioritäten die Unions-Parteien in der Sportpolitik setzen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Die programmatische Aussage ist die CDU hier eindeutig schuldig geblieben. Wortreichtum allein kann kein Vakuum füllen. Ich bedaure das auch als Sozialdemokrat, weil es im Interesse der Sachdiskussion über die Weiterentwicklung des Sports sicher nützlich gewesen wäre, den seit langem vorliegenden und jetzt überarbeiteten Leitsätzen der SPD zur Sportförderung eine Alternative der CDU gegenüberzustellen.

Was sagt die CDU nun zu den einzelnen Bereichen des Sports? Sie gebraucht die Begriffe Freizeitsport und Breitensport, ohne zu sagen, was sie im einzelnen damit meint. Kennzeichnend für die Aussagen zum Leistungssport ist die Tatsache, daß sich die Union jede Äußerung zur Frage des

22. Oktober 1974

Mißbrauchs von Leistungssportlern und ihren Ergebnissen versagt hat. Offene Widersprüche treten beim Thema "Mitarbeiter im Sport" zutage. Da ist sowohl vom Ausbau des Ehrenamtes auf der einen wie vom Ausbau des hauptamtlichen und honorierten Mitarbeiterwesens im Sport auf der anderen Seite die Rede. Hier wird zur gefälligen Bedienung der jeweiligen Interessengruppen alles angeboten. Ähnliches Durcheinander zeigt die Übungsleiter-Frage. Hier spricht die CDU sowohl davon, daß das Übungswesen in den Vereinen später in die Hände von Sportlehrern gelegt werden soll, als auch von der Notwendigkeit, die Übungsleiter-Ausbildung langfristig auszubauen. Die Aussagen zum Breitensport und zum Sport am Arbeitsplatz greifen zwar zum Teil lang bekannte SPD-Überlegungen auf, gehen jedoch von einem falschen Ansatzpunkt aus. Daß die Bewegungspause am Arbeitsplatz wohl mehr als arbeitsmedizinisches Phänomen denn als Sport im Sinne des Wortes angesehen werden muß, hätte auch der CDU bei einigem Nachdenken bewußt werden müssen.

Ganz auf der Linie ihrer Partei liegen die CDU-Sportler dann, wenn es um Geld geht. Sie fordern Ausbau und Verbesserung aller sportlichen Bereiche und damit mehr Geld von der öffentlichen Hand. Wie diese zusätzlichen gewaltigen Summen aufgebracht werden sollen, verschweigt die CDU wie üblich. Unklarheit besteht auch bei der Frage der öffentlichen Sportförderung. Die CDU läßt die Auswahl zwischen Sportgesetz und Sportplan. Dabei ist die Entwicklung andernorts schon längst über diese Frage hinweggegangen. Aufgrund klar gefaßter Landesrichtlinien sind zum Beispiel in Hessen Sportvereine und Sportverbände seit Jahren aus der unangenehmen Rolle des Bittstellers an den Staat herausgewachsen.

Mit diesem Programm hat es sich die CDU zu leicht gemacht. Zu viele Küche, zu viel Hektik und zu wenig gründliches Nachdenken kennzeichnen die Unions-Aussagen zur Sportpolitik. Der Blick auf den Wahltag war gewiß der falsche Geburtshelfer für dieses Papier.

(-/22.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Der CDU-Skandal von Fulda

Versuchte Ausbeutung der Kirchenschändung gescheitert

Mit der raschen und gründlichen Aufklärung des skandalösen Kirchenschändungsfalls in Fulda ist zugleich auch einer der übelsten Wahlkampf-skandale der CDU wie eine stinkende Seifenblase zerplatzt. Kaum waren die ersten Meldungen über den Einbruch in die Rosenkranzkirche in Fulda-Edelzell über die Rotationen gelaufen, als auch schon der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger und der Pressesprecher des CDU-Bundesvorstandes, Willi Weiskirch, voller Entrüstung an die Öffentlichkeit traten und die "sozialistische Verhetzung" zum partei- und wohlpolitisch auszu-schlachtenden Sündenbock machten. Unter rücksichtsloser Aufputschung der Gefühle der berechtigterweise empörten Bevölkerung wurde, ohne irgendeinen Beweis in der Hand zu haben, der Wahlzeigefinger erhoben, um eine Woche vor dem Wahltag in Hessen dem politischen Gegner eins auswischen zu können.

Diese Unter-dem-Gürtel-Taktik wurde zur schallenden Ohrfeige für die CDU und ihre Sprecher in Fulda, Wiesbaden und Bonn. Inzwischen ist durch Geständnisse klargestellt, daß zwei 21- und 22jährige Katholiken aus purer persönlicher Verärgerung über den Pfarrer der Rosenkranzkirche, Josef Schydlo (52), in das Gotteshaus eingebrochen sind und dort wie die Vandalen gehaust haben. Polizei und Staatsanwaltschaft haben formell erklärt, daß dem Kirchenschändungsfall keine politischen Motive zugrundeliegen. Gegen den Pfarrer sind inzwischen von beteiligten Polizeibeamten Strafanzeigen wegen Verleumdung erstattet worden, weil er von "Sozialistenschweinen" gesprochen haben soll, die "mit dem Pack gemeinsame Sache" machen. Der zuständige CDU-Landrat Fritz Kramer hat angekündigt, daß er sich den Strafanzeigen anschließen werde, falls der Pfarrer die Polizei als solche gemeint und beleidigt haben sollte. Aus Fulda liegen Berichte vor, nach denen der Pfarrer, ein früherer Militärgeistlicher, der den einen Täter aus dem Jugendheim gewiesen hatte, von "Untermenschen" gesprochen haben soll, "wie sie in der sozialistisch-liberalen Gesellschaft gezeugt" würden.

Man wird das endgültige Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Untersuchungen abwarten müssen, um volle Klarheit über den Gesamt-komplex zu bekommen. Deutlich geworden ist aber jetzt schon, daß einer der schäbigsten und schändlichsten Wahlkampfexzesse der CDU rechtzeitig genug entlarvt werden konnte, bevor es, auch über den eigentlichen Anlaß des Wahlkampfes hinaus, zu einer ernsthaften Vergiftung der inneren Verhältnisse in der Bundesrepublik kommen konnte. Aber vergessen darf man diesen CDU-Skandal nicht!
(ee/22.10.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller